

# Landesentwicklung und Wohnen

Zu Beginn der Legislaturperiode gründete die grün-schwarze Landesregierung das Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen (MLW) als elftes Fachministerium. Es wurde mit dem Versprechen eingerichtet, zur Schaffung neuen Wohnraums beizutragen und die Erarbeitung des neuen Landesentwicklungsplans zu beschleunigen. Nach knapp drei Jahren Arbeit lässt sich feststellen, dass die Ergebnisse hinter den hochgesteckten Erwartungen zurückgeblieben sind. Die Wohnraumproblematik in Baden-Württemberg bleibt eine große Herausforderung. Das „Tiny House“-Ministerium unter Leitung von Ministerin Nicole Razavi hat bisher keine umfassenden Lösungsansätze präsentiert. Bei Großprojekten fällt das Ministerium durch lange Bearbeitungszeiten negativ auf. So wurde an der Novelle der Landesbauordnung über ein Jahr gearbeitet. Diese wird wohl erst Mitte 2025 im Parlament beraten werden. Gerade angesichts der steigenden Zahl von Stornierungen dringend benötigter Bauvorhaben müsste jedoch schnell und kraftvoll gehandelt werden. Die vorgelegte Novelle bleibt dabei hinter den selbst gesteckten hohen Erwartungen zurück. Wenn es darum geht, bauliche Standards abzubauen, wird durch den vorliegenden Gesetzentwurf vor allem das Bauen im Bestand vereinfacht. Für den Wohnungsneubau finden sich hingegen kaum Erleichterungen. Hier besteht weiterer dringender Handlungsbedarf, um die sich unaufhaltsam drehende Kostenspirale bei der Schaffung von neuem Wohnraum aufzuhalten.

Ebenso beim namensgebenden Projekt des Ministeriums, dem Landesentwicklungsplan (LEP), scheint die Landesregierung auf Zeit zu spielen. Nach langem Zögern und Ausweichen hat die Ministerin in der letzten Ausschusssitzung des Jah-

res 2023 erste Eckpunkte dargelegt. Diese können jedoch nur als ein erster rudimentärer Aufschlag betrachtet werden. Seither konnte das Ministerium keine weiteren ernsthaften Arbeitsnachweise bezüglich des LEPs liefern. Dabei ist der LEP ein zentrales Instrument der Raumordnung, das die Entwicklung eines Bundeslandes über Jahre hinweg maßgeblich beeinflusst. Als übergeordnetes Regelwerk schafft er auf Landesebene wichtige Leitlinien und Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Kommunen. Für uns ist klar: Die Wirtschaft muss bei der Fortschreibung stärker einbezogen werden, und es bedarf einer deutlichen Beschleunigung des gesamten Prozesses.

Die Förderlandschaft für Wohnraum wurde durch das MLW ebenfalls nicht vereinfacht. Die Förderprogramme sind weiterhin auf vier verschiedene Ministerien verteilt. Der Ministerin ist es bislang also nicht gelungen, diese Programme unter einem Dach zu bündeln und zu vereinheitlichen. Die fragmentierte Struktur der Förderprogramme erschwert Antragstellern den Zugang und reduziert die Transparenz und Effizienz der Wohnraumförderung in Baden-Württemberg. Eine zentrale Koordination und Steuerung wäre ein wichtiger Schritt zur Optimierung der Wohnungspolitik. Nach wie vor wird in den Ausschusssitzungen deutlich, dass das Arbeitspensum in keiner Weise ein eigenes Ministerium rechtfertigt. Wir unterstützen sowohl die Schaffung neuen Wohnraums als auch die Fortschreibung des Landesentwicklungsplans, doch sind dies keine hinreichenden Gründe für ein eigenständiges Ressort. Es drängt sich der Verdacht auf, dass das Ministerium primär zur Postenversorgung von Regierungsabgeordneten geschaffen wurde. **Daher plädieren wir nach wie vor für die Abschaffung dieses aus unserer Sicht unnötigen neuen Ministeriums.**

## INITIATIVEN

- » Verkehrsminister Hermann und der Stellplatzschlüssel [Drucksache 17/7311](#)
- » Genehmigungsfiktion bei Baugenehmigungsverfahren – Problemlöser oder Prosa für die Landesregierung?n [Drucksache 17/6721](#)
- » „Trotz Ressort-Freigabe kein neues Gesetz – Grüne Blockade der Novelle des Landesplanungsgesetzes“ [Drucksache 17/6802](#)
- » „Typengenehmigung für bauliche Anlagen“ [Drucksache 17/4637](#)
- » Absenkung der Grunderwerbsteuer zur Ankurbelung der Bautätigkeit [Drucksache 17/4811](#)

## ANSPRECHPARTNER



### Prof. Dr. Erik Schweickert Mdl

Vorsitzender des Arbeitskreises  
Landesentwicklung und Wohnen  
erik.schweickert@fdp.landtag-bw.de  
T: 0711 2063-9105



### Friedrich Haag Mdl

Wohnungsbaupolitischer Sprecher  
friedrich.haag@fdp.landtag-bw.de  
T: 0711 2063-9240



### Dr. Christian Jung Mdl

Stv. Vorsitzender des Ausschusses für  
Landesentwicklung und Wohnen  
christian.jung@fdp.landtag-bw.de  
T: 0711 2063-9250



### Andreas Goffin

Parlamentarischer Berater  
andreas.goffin@fdp.landtag-bw.de  
T: 0711 2063-9048

# Grüne Träumereien von einer Netto-Null

Die grün-schwarze Landesregierung hat sich tatsächlich das Ziel der Netto-Null beim Flächenverbrauch bis 2035 im Koalitionsvertrag gesetzt. Dieses Ziel soll auch im neuen Landesentwicklungsplan berücksichtigt werden. Auch der Volksantrag „Ländle leben lassen“ forderte gesetzlich verbindliche Obergrenzen für den Flächenverbrauch, um bis 2035 die Netto-Null zu erreichen.

Es besteht politischer und gesellschaftlicher Konsens, verantwortungsvoll mit dem Gut „Fläche“ umzugehen. Die Ansprüche an dieses begrenzte Gut sind vielfältig. Wir benötigen dringend neuen Wohnraum; allein mit Nachverdichtung wird der Bedarf nicht zu decken sein. Auch die Baulandpreise bleiben auf hohem Niveau, was nur durch neue Flächenausweisungen geändert werden kann. Zugleich brauchen wir Flächen für unsere Wirtschaft. Die letzten geplanten Großsiedlungen in Deutschland fanden nicht in Baden-Württemberg statt. Einige Unternehmen erwägen sogar Abwanderungen ins Ausland, da sie hier keine Erweiterungsflächen haben. Auch für die Transformation der Wirtschaft werden zumindest vorübergehend Flächen benötigt.

Daher erscheinen Überlegungen zu einer Höchstgrenze für den Flächenverbrauch mit dem kurzfristigen Ziel eines Netto-Null-Flächenverbrauchs fehl am Platz. Solche Vorstellungen verkennen zudem das Engagement unserer Kommunen. Kein Bürgermeister oder Gemeinderat geht leichtfertig mit kommunalen Flächen um oder versiegelt diese unnötig.

Aus diesem Grund haben wir den Volksantrag „Ländle Leben Lassen“ von Anfang an kritisch betrachtet. Auch in der Anhörung im Landtag wurde deutlich, dass solche Gedankenspiele den Wirtschaftsstandort massiv gefährden. Der von uns für die Anhörung benannte Experte der IHK stellte klar dar, dass eine Begrenzung des Flächenverbrauchs zu Abwanderungen und Jobverlusten führen würde.

## ARBEITSKREIS

Landesentwicklung und Wohnen

## ANSPRECHPARTNER

Prof. Dr. Erik Schweickert MdL  
Friedrich Haag MdL  
Dr. Christian Jung MdL

## INITIATIVEN

- » Hat die Landesregierung die Wirtschaft bei der Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans vergessen? [Drucksache 17/7057](#)
- » Wohnungen für Fachkräfte und Gewerbeflächen für Unternehmen – was leistet das MLW für die Wirtschaft? [Drucksache 17/5654](#)
- » Rolle der Regionalverbände in der Innenstadtentwicklung vor dem Hintergrund des Planungsgebotes [Drucksache 17/6640](#)
- » Gutachten zum Landesentwicklungsplan [Drucksache 17/5127](#)
- » Angekündigte Überarbeitung der Landesentwicklungsplanung [Drucksache 17/424](#)